

Kreis-Blatt



für den

Unterlahn-Kreis.

Ämtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg.,
Reklamezeile 90 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 38.
In Bad Ems: Römerstraße 56.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange.

Nr. 187

Diez, Dienstag den 2. September 1919

59. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

République Française.
Administration des Territoires
Allemands Occupés.
Cercle d'Unterlahn
(Hesse-Nassau).

Bekanntmachung.

Franzosen oder Militeerte, die eine Karte d'Alimentation besitzen, müssen in Zukunft, um sie für den folgenden Monat erneuern zu lassen, den Namen der ablaufenden Karte am letzten Monatstage an die Kreismilitärverwaltung nach Diez einreichen. Fällt dieser Tag auf einen Sonntag, so müssen die Karten am vorhergehenden Tag eingereicht werden. Diesen Monat werden neue Karten ausnahmsweise bis zum 8. September 1919 angenommen.

Diez, den 29. August 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahn-Kreises.
Chatras, Major.

I. 5507.

Diez, den 25. August 1919.

Bekanntmachung.

Der Herr Regierungspräsident in Wiesbaden hat mit Zustimmung des Ministeriums für Handel und Gewerbe zu Berlin die am 31. März ds. Js. abgelaufene Veranlagungsperiode für die Aufbringung der aus der Tätigkeit der Handwerkskammer entstehenden Kosten von den Gemeinden und die Verteilung der auf sie entfallenden Kostenanteile auf die einzelnen Handwerker bis zum 31. März 1920 verlängert.

Der Landrat.

J. B.

Scheuern.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahn-Kreises.
Chatras, Major.

Nr. 50.

Diez, den 29. August 1919.

Bekanntmachung.

Detr. Maßgabe des den Gemeinden leihweise für die Minuartierung zur Verfügung gestellten Heeresgutes, wie Betten, Bettwäsche, Strohsäcke usw.

Die den Gemeinden im Dezember 1918 und Januar 1919 zur Unterbringung der Besatzungstruppen zur Verfügung ge-

stellten Betten mit Bettwäsche und Strohsäcken sind nach Abzug der Truppe baldigst an die Garnisonverwaltung Diez (Neue Kaserne) zurückzugeben, wogegen die f. St. geleistete Quittung wieder in Empfang genommen werden kann.

Für etwa verkaufttes derartiges Heeresgut ist die Gemeinde der Garnisonverwaltung gegenüber ersatzpflichtig.

Der Landrat.

J. B.

Scheuern.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahn-Kreises.
Chatras, Major.

I. 2929.

Westerburg, den 13. August 1919.

Bekanntmachung.

In der Schafherde des Landwirts Kaiser in Kleinholbach ist die Schafräude amtlich festgestellt. Die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind getroffen.

Der Landrat.

v. Ehler.

Diez, den 20. August 1919.

Wird hiernit veröffentlicht.

Der Landrat.

J. B.

Scheuern.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahn-Kreises.
Chatras, Major.

I. 5455.

Wiesbaden, den 8. August 1919.

Bekanntmachung.

Das Ausschreiben vom 8. Juli 1919 I. 4775, betreffend die aus dem hiesigen Krankenhaus entwichene geschlechtskranke Prostituierte Margarete Deuser geb. Lupp, geboren am 3. September 1896 zu Frauenstein wird hiermit als erledigt zurückgenommen.

Sie wurde am 28. Juli ds. Js. von Frankfurt a. M. hierher zurückgebracht.

Der Polizei-Direktor:

J. A.

gez. Brandt,

Kriminal-Polizei-Kommissar.

I. 5396.

Wiesbaden, den 13. August 1919.

Bekanntmachung.

Das Ausschreiben vom 8. Juli ds. Js., I. 4774, betreffend das aus dem hiesigen Krankenhaus entwichene geschlechtskranke

Der Polizei-Direktor:

J. A.:

gez. Brandt,

Kriminal-Polizei-Kommissar.

Nichtamtlicher Teil.

!!: Obstpreise. Ueber die Bewirtschaftung des Herbstobstes ist die Entscheidung nunmehr dahin gefallen, als die gesamte Ausbringung des für Brotaufstrichmitteln notwendigen Obstes nunmehr auf freien Abgaben der Erzeuger beruhen wird. Der Handel mit Herbstobst ist also vollkommen frei. Der Wunsch der Reichsleitung geht dahin, daß die Marmeladefabriken zur Deckung des Bedarfes der Bevölkerung an Brotaufstrichmitteln die benötigten Mengen Obst unter Aufsicht der Reichsgesellschaft für Obstkonserben und Marmeladen zu deren Verfügung erwerben und die Fabriken dürfen daher keine höheren Erzeugerpreise bezahlen als die folgenden: 1. für gepflücktes Obst bei Auscheidung aller verkrüppelten und beschädigten Früchte 30 Mark je Zentner bei Äpfeln und 25 Mark je Zentner bei Birnen; 2. für alles Schüttel-, Most- und Fallobst 15 Mark je Zentner bei Äpfeln und 12 Mark je Zentner bei Birnen; 3. für Zwetschen (Hauspflaumen, Hauszwetschen, Muspflaumen, Bauernpflaumen, Thüringer Pflaumen, Brennzweitschen) 25 Mark je Zentner. Hierzu kommt ein angemessener Nutzen für den ablaufenden Händler. Bei der reichen Obsternte dieses Jahres dürfte es wohl den Marmeladefabriken gelingen, den notwendigen Bedarf zu den festgesetzten Preisen im freien Handel zu erwerben. Durch den Entschluß der Reichsleitung, das Herbstobst nicht zu bewirtschaften, wird einem dringenden Wunsch der Erzeuger und Verbraucher entsprochen. Sache aller Beteiligten, nämlich der Erzeuger, der Händler und der Verbraucher ist es nun, nicht durch Forderungen und Bezahlen übermäßiger Preise die endlich wiedererlangte Freiheit im Handel mit Herbstobst zu mißbrauchen.

Die Aufhebung der Bezugsscheinpflcht.

Berlin, 30. Aug. Nach einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers, der Reichsbekleidungs- und der Reichsstelle für Schuhversorgung werden die Bezugsscheinpflcht für Web-, Wirk- und Strichwaren, die Bedarfsscheinpflcht für Schuhwaren, die Vorschriften über Einkaufsbücher und Stoffverbrauchsbeschränkungen, das Verwendungsverbot für Gastwirtschaften und die Waschmittelbekanntmachung außer Kraft gesetzt. Mit Ausnahme der Schuhbedarfsscheinpflcht, die erst mit dem 1. September erlischt, erlangen die übrigen Aufhebungen sofortige Gültigkeit.

Die Wohnungsnot.

Ein drastisches Mittel zur Behebung der Wohnungsnot. Um die Wohnungsnot zu lindern, ist die Gemeinde Grünau auf einen originellen Gedanken gekommen. In Grünau selbst sind zurzeit 30 Familien obdachlos, die wohl oder übel zum 1. Oktober untergebracht werden müssen. Da neue Wohnungen in der Eile nicht zu beschaffen waren, die vorhandenen größeren sich auch nicht gut teilen ließen, faßte man in der Gemeindevertreterversammlung den Entschluß, zugunsten der obdachlosen Familien die Junggesellen auf die Straße zu setzen. Die Gemeindevertretung wandte sich an den Wohnungskommissar und erbat die Erlaubnis, sämtliche Junggesellentwohnungen sofort für sich zu verwenden und die auf die Straße Gesezten anderweitig unterbringen zu dürfen. Der Wohnungskommissar entsprach dem Ersuchen der Grünauer Gemeindevertreter, und so haben die unbeweihten männlichen Einwohner dieses Vorortes den Befehl bekommen, ihre Wohnungen zum 1. Oktober zu verlassen. Die Gemeinde hat sich anheißig gemacht, die von dem

Deutsch-Westungarn.

Man hat sich letzter Zeit mehr wie gewöhnlich mit Ungarn beschäftigt, und hatte mit dem magyarischen Volk Mitgefühl wegen der Leiden und Brandschagungen, die es von Bela Kun, Samuel und Genossen zu erleiden hatte. Man erinnerte sich auch gern, daß der ungarische Soldat sich mit am besten von unseren Verbündeten geschlagen hat. Doch kaum ist etwas Ruhe im Lande, da beginnen die befreiten Ungarn ihre Wut an den wehrlosen Deutschen in Westungarn auszulassen. Schon in Vorkriegszeiten haben die Ungarn mit allen Mitteln versucht, die Deutschen zu magyarisieren — aber die Deutschen blieben ihrem Volkstume treu, trotz aller Drangsalierung und obgleich im großen Deutschen Reiche sich niemand um die bedrängten Brüder kümmerte. Ueberhaupt scheint das Schicksal es mit jener Gegend recht schlecht zu meinen. Die Türkentriebe mit allen ihren Schrecken sind darüber hingebraust, die Kämpfe zwischen ungarischen Revolutionären und den Kaiserlichen spielten sich eben dort ab, nach Abschluß des Waffenstillstandes wurde die Gegend abwechselnd von Jugoslawen, Tschechen und zum Schluß noch von Rumänen heimgesucht. Die neuesten Nachrichten bringen nun aber die Kunde von den abscheulichen Repressalien, die die ungar. Regierung gegenüber dem unglücklichen Lande anwendete. Bekanntlich haben sich die meisten deutschen Ortschaften in dieser Gegend entschlossen, öffentlich den Anschluß an Deutsch-Österreich zu proklamieren. In den letzten Tagen sind daher allerorten österreichische rot-weiß-rote und steirische grün-weiße Flaggen gehißt worden. Da entschloß man sich denn in Budapest, sofort gegen diese „Umrtriebe“ vorzugehen. Das Land wurde von magyarischen Regierungstruppen besetzt, die nun überall an der wehrlosen Bevölkerung ihre Wut auslassen. An vielen Stellen ist es bereits dazu gekommen, daß einzelne Dörfer mit Artilleriefeuer belegt wurden. Dieses Gebaren steht im krassen Widerspruch zu der Budapestener Gründung eines Ministeriums der nationalen Minoritäten, das diesen eine Teilnahme am ungarischen Staatsleben und die Bewahrung ihrer sprachlichen und völkischen Grenzen sichern soll. Dem Reichsdeutschen ist wenig bekannt, daß dieses Gebiet, das man unter dem Namen Heinenland kennt, eine geschlossene deutsche Sprach- und Volksgemeinschaft darstellt und überhaupt erst seit 1647 zum ungarischen Staatsverbande gehört. Die niederösterreichischen Stände, in deren Bereich das Heinenland fiel, haben stets gegen diese Abtretung protestiert. Es handelt sich um ein Siedlungsgebiet, das sich über vier Gespanschaften erstreckt, nämlich über Preßburg, Wieselburg und Eisenburg. Die Gesamtbevölkerung der Preßburger Gespanschaft beträgt 84 000, wovon 37 000 Deutsche sind, für Wieselburg, Oedenburg und Eisenburg betragen die entsprechenden Zahlen 80 000 (51 000), 165 000 (108 000) und 150 000 (113 000). Insgesamt haben diese 4 westungarischen Komitate eine Bevölkerung von 480 000 Einwohnern, wovon 310 000, das sind 64 v. H., deutscher Nationalität sind, den Rest bilden Madjaren, Kroaten und Slowaken. Man muß hoffen, daß die westungarische Frage nicht zu einem Konflikt zwischen Deutsch-Österreich und Ungarn führt.

Industrie, Handel und Gewerbe.

Eine neue Gefahr für das Zeitungsgewerbe. Als Wirkung des Kohlenmangels wird sich in naher Zukunft eine bedrohliche Gefahr der Papierlieferung für die Zeitungen geltend machen. Zwei der größten oberösterreichischen Papierfabriken haben bereits in diesen Tagen den Betrieb schließen müssen. Dadurch wird die Belieferung der aus Oberschlesien versorgten Verlage, das sind vor allem die Berliner Tageszeitungen, so ernstlich in Frage gestellt, daß das Reichswirtschaftsministerium selbst mit der Möglichkeit einer Einstellung der Tageszeitung rechnen zu müssen glaubt. Die Lage der westdeutschen Papierfabriken, die mit Braunkohlen arbeiten, ist nicht ganz so ungünstig.